



Antrag

der Fraktion der SPD

Teilhabe stärken, Regelsätze transparent gestalten - Neuregelung im SGB II und SGB XII

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei den Verhandlungen auf Bundesebene zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch dafür einzusetzen, dass

- die Bundesregierung die notwendigen Zahlen zur Regelsatzbemessung offen legt und die Ermittlung der Regelbedarfe auf transparenter und nachvollziehbarer Basis erfolgt sowie realitäts- und sachgerecht vorgenommen wird,
- ein flächendeckender Mindestlohn eingeführt wird, der dazu führt, dass das Lohnabstandsgebot zu den Regelsätzen im ALG-II eingehalten wird,
- die finanziellen Mittel für die Bildungsteilhabe von Kindern bedarfsgerecht ermittelt werden,
- die Entscheidungen über die Leistungen zur Bildungsteilhabe von Kindern von Fachleuten wie der Jugendhilfe und den Pädagogen in den Kindertagesstätten und Schulen getroffen werden,
- parallel mehr Geld in den flächendeckenden Ausbau der Bildungsinfrastruktur – in Kindertagesstätten und Ganztagschulen – investiert wird und der Bund die Länder, Kreise, Städte und Gemeinden dabei stärker unterstützt. Dazu gehört auch, die Schulsozialarbeit auszuweiten, um die soziale Integration der Kinder zu unterstützen.

Wolfgang Baasch
und Fraktion